

Die Unternehmung im Markt

Band 12

Mitbestimmung der Aktionäre

Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag zur Aktienrechtsreform

Von

Gerhard Kutzenberger



Duncker & Humblot · Berlin

G. KUTZENBERGER

Mitbestimmung der Aktionäre

Die Unternehmung im Markt

Herausgegeben von

**Prof. Dr. G. Bergler, Nürnberg, Prof. Dr. J. Fettel, Hamburg,
Prof. Dr. O. Hintner, München, Prof. Dr. H. Linhardt, Nürnberg,
Prof. Dr. E. H. Sieber, Nürnberg**

Band 12

Verantwortlicher Herausgeber: Prof. Dr. H. Linhardt

Mitbestimmung der Aktionäre

Ein wirtschaftswissenschaftlicher Beitrag zur Aktienrechtsreform

Von

Dr. Gerhard Kutzenberger



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1964 Duncker & Humblot, Berlin
Gedruckt 1964 bei Albert Sayffaerth, Berlin 61
Printed in Germany
D 29

Vorwort

Jeder, der sich mit Fragen des Aktienwesens befaßt, sieht sich unmittelbar vor eine verwirrende Fülle zum Teil gegensätzlichster Auffassungen gestellt. Dies gilt in ganz besonderem Maße hinsichtlich jener Fragen, die die Stellung des Aktionärs und seine Wirkungsmöglichkeiten im Gefüge der Aktiengesellschaft zum Gegenstand haben. Will man hier nicht Gefahr laufen, sich in einem Gestrüpp konträrer Auffassungen hoffnungslos zu verstricken, dann bedarf es zwingend der Schaffung eines gesicherten Ausgangspunktes. Denn nur ein solcher Ausgangspunkt macht es möglich, zu einer systemgerechten Lösung der durch unser Thema angesprochenen Einzelfragen zu gelangen. Diesen Überlegungen entspricht der von uns gewählte Gliederungsablauf, demzufolge wir zunächst in einem grundlegenden Teil den Versuch unternehmen, die für unser Thema relevante Problematik aufzuzeigen und den Ausgangspunkt festzulegen, von dem aus wir uns dann um eine wirkungsvolle Mitbestimmung der Aktionäre bemühen wollen.

Für diese Arbeit, vor allem in ihrem zweiten Teil, der sich mit der Mitbestimmung der Aktionäre auf der Grundlage des Gesetzes befaßt, gilt es zu beachten, daß sie in einer Zeit der Reformbemühungen um ein neues Aktiengesetz entstanden ist. Bis zum Abschluß dieser Arbeit im Sommer 1963 waren diese Bestrebungen bis zum Regierungsentwurf eines Aktiengesetzes gediehen, der zur Zeit (Juni 1963), nach erfolgter 1. Lesung, in den Bundestagsausschüssen beraten wird. Dieser besonderen Situation haben wir durch Berücksichtigung der vom Regierungsentwurf vorgesehenen Neuregelungen unter Einschluß wesentlicher Teile der diese Gesetzgebungsarbeiten begleitenden Literatur Rechnung zu tragen versucht. Keine Berücksichtigung konnte hingegen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — das große Gebiet der Rechtsprechung finden, da dies den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte.

Ein Wort der Erwähnung verdient hier noch der von uns an 100 Aktiengesellschaften versandte Fragebogen (Anlage 1). Sinn und Zweck dieser Umfrage war es, über verschiedene uns bedeutsam erscheinende Fragen Aufschluß zu erhalten. Dabei ließ es sich nicht umgehen, daß teilweise Fragen mit wertendem Charakter gestellt werden mußten, deren Beantwortung mit „ja“ oder „nein“ dem Sachverhalt nur in stark vergrößernder Weise gerecht zu werden vermochte. Doch sahen wir

uns zu einer solchen Form der Fragestellung gezwungen, um überhaupt mit einer Beantwortung rechnen zu können. Insgesamt gingen uns 43 mehr oder minder vollständig ausgefüllte Fragebogen wieder zu von Gesellschaften mit einem satzungsmäßigen Grundkapital von insgesamt 8 Mrd. DM, was nicht ganz 25 vH des Gesamtkapitals unserer Aktiengesellschaften entspricht. Soweit sich aus den uns gemachten Angaben auswertbare Ergebnisse gewinnen ließen, werden wir uns an gegebener Stelle darauf beziehen.

An dieser Stelle möchte ich nun nicht versäumen, meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Hanns Linhardt, für die vielfältigen Anregungen zu danken, die ich sowohl im persönlichen Gespräch als auch durch seine einschlägigen Schriften empfangen durfte und die für diese Arbeit in vieler Hinsicht richtungweisend waren.

Erlangen, Juni 1963

G. Kutzenberger

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil

Grundlegung

<i>A. Die Problematik im Überblick</i>	13
I. Die Aktiengesellschaft im Wandel der Zeit	13
1. Wandlungen der Aktiengesellschaft	13
2. Die heutige Stellung der Aktionäre in der Aktiengesellschaft	16
II. Die Aktiengesellschaft in unserer Wirtschaftsordnung	19
1. Braucht unsere Wirtschaftsordnung die Aktiengesellschaft?	19
2. Die Aktiengesellschaft und unsere Wirtschaftsordnung — ein Zusammenhang?	24
III. Das private Eigentumsrecht der Aktionäre als zentrales Problem	30
1. Das Eigentumsrecht der Aktionäre	30
2. Das schwach gewordene Eigentumsrecht der Aktionäre	32
3. Angriffe auf das Eigentumsrecht der Aktionäre	34
a) Die Lehre vom „Unternehmen an sich“	34
b) Angriffe von gewerkschaftlicher und politischer Seite	36
c) Das Aktiengesetz von 1937	38
<i>B. Eine Reform dringlich geworden</i>	41
I. Die notwendigen Grundlagen einer Reform unseres Aktienwesens ..	41
1. Aufgabe überkommener Vorstellungen	41
2. Das Eigentumsrecht der Aktionäre als Ausgangspunkt einer Reform	43
3. Gefahren des Scheiterns einer Reform	45
II. Die Mitbestimmung der Aktionäre	48
1. Die Mitbestimmung der Aktionäre als Gegenstück zur gewerk- schaftlichen Forderung nach Mitbestimmung	48
2. Begriff und Ansatzpunkte der Mitbestimmung der Aktionäre	50
3. Die Mitbestimmung der Aktionäre und die verschiedenen Aktio- närgruppen	53

Zweiter Teil

Die Mitbestimmung der Aktionäre auf der Grundlage des Gesetzes

A. Die Verfassung der Aktiengesellschaft	54
I. Die Organstruktur der Aktiengesellschaft in ihrer Bedeutung für die Mitbestimmung der Aktionäre	54
II. Die Rechte der Aktionäre	57
1. Die Aktionärsrechte und ihre Gliederung	57
2. Grundsätze der Rechtsausübung	59
B. Die Gestaltung der Mitverwaltungsrechte der Aktionäre unter dem Aspekt einer wirkungsvollen Mitbestimmung	60
I. Das Recht der Aktionäre auf Information	60
1. Die Bedeutung der aktienrechtlichen Publizität für die Mitbestimmung der Aktionäre	60
2. Die Aussagekraft der aktienrechtlichen Publizitätsinstrumente ..	65
a) Die Bilanz	65
aa) Die Bilanzgliederung	65
bb) Die Bewertung	68
b) Die Gewinn- und Verlustrechnung	72
aa) Die Offenlegung der Erfolgsquellen	72
bb) Die Erfolgsspaltung	74
c) Der Geschäftsbericht	76
d) Die Rechnungslegung im Konzern	79
aa) Die Notwendigkeit von Konzernabschlüssen	79
bb) Grundsätze der Rechnungslegung im Konzern	80
II. Das Recht der Aktionäre auf Teilnahme an der Hauptversammlung	85
1. Die Bedeutung der Hauptversammlung für die Mitbestimmung der Aktionäre	85
2. Die Vorbereitung der Hauptversammlung	86
a) Die Fristenregelung	86
b) Die Unterrichtung der Aktionäre	87
3. Die Durchführung der Hauptversammlung	89
III. Das Recht der Aktionäre auf Mitentscheidung	91
1. Das Stimmrecht als Instrument der Mitentscheidung	91
2. Das Depotstimmrecht der Banken	94
a) Banken- und Aktionärsinteresse	95
b) Der Austausch von Depotstimmen	97

c) Die Auswirkungen des Depotstimmrechts auf die Mitbestimmung der Aktionäre	102
d) Das Depotstimmrecht — einer Reform zugänglich?	104
3. Die materielle Ausgestaltung des Stimmrechts	107
a) Die Mitentscheidungsbefugnis der Aktionäre in Grundsatzfragen	109
b) Die Mitentscheidungsbefugnis der Aktionäre im kontinuierlichen Ablauf des Unternehmensgeschehens	110
4. Vorschläge zur Stärkung des Stimmrechts	112
a) Die Zuständigkeit der Hauptversammlung für Fragen von struktureller Bedeutung	112
b) Weisungsrecht der Hauptversammlung	114
c) Das Feststellungsrecht des Jahresabschlusses	117
IV. Das Recht der Aktionäre auf Kontrolle	123
1. Die Bedeutung der Kontrollrechte für die Mitbestimmung der Aktionäre	123
2. Mitbestimmung durch unmittelbare Kontrolle	124
a) Die aktienrechtliche Publizität als Mittel der Kontrolle	124
b) Das Auskunftsrecht der Aktionäre	125
3. Mitbestimmung durch mittelbare Kontrolle	132
a) Die Kontrolle durch den Aufsichtsrat	132
b) Die Kontrolle durch die Abschlußprüfer	137
c) Die Kontrolle durch Sonderprüfer	141
V. Die Schutz- und Sanktionsrechte der Aktionäre	142
1. Die Bedeutung der Schutz- und Sanktionsrechte für die Mitbestimmung der Aktionäre	142
2. Die Entscheidung der Hauptversammlung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat	144
3. Die Schutz- und Sanktionsrechte der Minderheit	145
a) Minderheitsrechte außerhalb des Konzernrechts	146
aa) Das Minderheitserfordernis	147
bb) Die Gerichtskostenregelung	148
b) Minderheitsrechte im Konzernrecht	149
4. Das Anfechtungsrecht des Einzelaktionärs	157
VI. Abschließende Beurteilung einer auf das Gesetz gegründeten Mitbestimmung der Aktionäre	159

*Dritter Teil***Die Mitbestimmung der Aktionäre auf der Grundlage der Satzung**

<i>A. Die Satzung der Aktiengesellschaft</i>	161
I. Das Wesen der Satzung der Aktiengesellschaft	161
II. Die Bedeutung der Satzung für die Mitbestimmung der Aktionäre	162
<i>B. Die Satzungsgestaltung unter dem Aspekt einer wirkungsvollen Mitbestimmung der Aktionäre</i>	163
I. Die derzeitige Form der Satzungsgestaltung	163
II. Kritische Anmerkungen und Vorschläge zur derzeitigen Form der Satzungsgestaltung	164
1. Die satzungsmäßige Fassung des Gesellschaftszweckes	164
2. Die Verfassung der Gesellschaft in der Satzung	165
a) Der Vorstand und der Aufsichtsrat	165
b) Die Hauptversammlung	166
aa) Die Einberufung der Hauptversammlung	166
bb) Das Stimmrecht der Aktionäre	167
cc) Die Beschlußfassung in der Hauptversammlung	168
3. Die Rechnungslegung und Publizität in der Satzung	171
III. Abschließende Beurteilung der derzeitigen Form der Satzungsgestaltung unter dem Aspekt der Mitbestimmung der Aktionäre	173

*Vierter Teil***Die Mitbestimmung der Aktionäre auf der Grundlage freiwilligen Zusammenwirkens von Verwaltung und Aktionären**

<i>A. Die freiwillige Zusammenarbeit als notwendige Ergänzung einer auf Gesetz und Satzung gegründeten Mitbestimmung der Aktionäre</i>	174
<i>B. Die Schaffung einer Vertrauensgrundlage</i>	178
I. Die geistig-psychologischen Voraussetzungen	178
II. Publizität als Aufgabe	180
<i>C. Die Mitbestimmung der Aktionäre in der Hauptversammlung</i>	183
I. Maßnahmen der Verwaltung zur Belebung der Hauptversammlung	183
II. Organisierte Zusammenschlüsse der Aktionäre	186

<i>D. Die Mitbestimmung der Aktionäre in Aktionärsausschüssen</i>	189
I. Grundsätzliche Überlegungen	189
1. Warum Aktionärsausschüsse?	189
2. Die gestaltenden Prinzipien der Ausschußbildung	191
II. Die Bildung von Ausschüssen im politisch-parlamentarischen Bereich	193
1. Die Bedeutung der Parlamentsausschüsse	193
2. Die Bildung von Ausschüssen, dargelegt am Beispiel des Deutschen Bundestages	194
a) Die Autonomie des Bundestages bezüglich der Bildung von Ausschüssen	194
b) Die Aufgaben der Bundestagsausschüsse	195
c) Der organisatorische Aufbau und die Arbeitsweise der Bundestagsausschüsse	196
III. Die Bildung von Ausschüssen im Bereich der Aktiengesellschaft	197
1. Die Aktivierung der Hauptversammlung durch Aktionärsausschüsse	197
2. Die Funktion der Aktionärsausschüsse	199
3. Die Stellung der Aktionärsausschüsse im Organgefüge der Aktiengesellschaft	202
4. Die personelle Besetzung der Aktionärsausschüsse	204
IV. Überlegungen und Anregungen zur praktischen Einrichtung und Arbeitsweise von Aktionärsausschüssen	208
1. Die Grundlagen für die Einrichtung von Aktionärsausschüssen ..	208
2. Die Aufgabenbereiche der Aktionärsausschüsse und ihr Tätigwerden	209
3. Einrichtung, Besetzung und organisatorischer Aufbau der Aktionärsausschüsse	213
4. Die Arbeitsweise der Aktionärsausschüsse	217
a) Die Einberufung der Aktionärsausschüsse	217
b) Die Durchführung der Ausschußsitzungen und die Beschlußfassung in den Aktionärsausschüssen	218
c) Die Berichterstattung der Aktionärsausschüsse in der Hauptversammlung	219
Schlußbetrachtung	221
Anlagen	223
Literaturverzeichnis	229

Abkürzungen

AcP	= Archiv für die civilistische Praxis
AktG	= Aktiengesetz
BB	= Der Betriebs-Berater
BFuP	= Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis (Zeitschrift)
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BGHZ	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BpB	= Bundesverband des privaten Bankgewerbes
DB	= Der Betrieb
Die AG	= Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
DIHT	= Deutscher Industrie- und Handelstag
DJT	= Deutscher Juristentag
DZ	= Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung
FAZ	= Frankfurter Allgemeine Zeitung
GO	= Geschäftsordnung
IdWP	= Institut der Wirtschaftsprüfer
IK	= Industriekurier
JZ	= Juristenzeitung
N. F.	= Neue Folge
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
RefE	= Referentenentwurf
RegE	= Regierungsentwurf
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
SchV	= Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz
W	= Das Wertpapier (Zeitschrift der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz)
WPg	= Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift des Instituts der Wirtschaftsprüfer)
WWI-Mitteilungen	= Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften
ZfB	= Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZfdgK	= Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfhF	= Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung
ZHR	= Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht

Erster Teil

Grundlegung

A. Die Problematik im Überblick

I. Die Aktiengesellschaft im Wandel der Zeit

1. Wandlungen der Aktiengesellschaft

Entstehungsgeschichtlich ist die moderne Aktiengesellschaft aufs engste mit den Handelskompanien des 17. und 18. Jahrhunderts verbunden¹. Zwar bestehen deutliche Unterschiede. Diese, staatlich privilegiert und mit hoheitlichen Rechten ausgestattet, waren Träger hoheitlicher Aufgaben und standen im Dienste der staatlichen Wirtschaftspolitik ihrer Zeit, einer Wirtschaftspolitik, die je nach der Eigenart ihrer nationalen Ausprägung gemeinhin durch die Schlagworte Colbertismus und Merkantilismus gekennzeichnet wird. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die modernen Aktiengesellschaften auch grundsätzlich von den Handelskompanien. Das Gemeinsame liegt auf einer anderen Ebene, nämlich in der Erfahrung, „daß es Unternehmen gibt, deren Kapitalbedarf die finanziellen Kräfte des einzelnen überschreiten und die ferner dieses Kapital auf lange Sicht benötigen“². Die bisher übliche Finanzierungsform der privaten Kapitalaufnahme mit den Gefahren unzeitiger Kapitalrückforderung wird hier ersetzt durch die Schaffung von Kapitalanteilen. Diese gewähren ihren Inhabern Rechte der Mitsprache und der Kontrolle, belasten sie allerdings auch mit dem Risiko eines evtl. Verlustes ihrer Einlage, wobei sich jedoch die Anteilsinhaber neben dem fest begrenzten Verlustrisiko eine erhebliche Gewinn-

¹ Vgl. hierzu besonders die Darstellungen von: Bösselmann, Kurt: Die Entwicklung des deutschen Aktienwesens im 19. Jahrhundert, Berlin 1939; Endemann, W.: Die Entwicklung der Handelsgesellschaften, Berlin 1867; Heckscher, Eli F.: Der Merkantilismus, Bd. 1, Jena 1932, bes. S. 304—450; Lehmann, Karl: Das Recht der Aktiengesellschaften, Bd. 1, Berlin 1898; derselbe: Die geschichtliche Entwicklung des Aktienrechts bis zum Code de Commerce, Berlin 1895.

² Hülsmann, Bernhard: Bemerkungen zur Aktienrechtsreform, in: Die Aussprache, 12. Jg. (1962), H. 3, S. 54.

chance ausrechnen³. Diese neue Finanzierungsform, zunächst nur als ein Ausnahmefall gegenüber der vorherrschenden Personengesellschaft angesehen, greift erst zögernd, seit der Mitte des 19. Jahrhunderts in immer stärkerem Maße um sich, um schließlich zur bedeutendsten Gesellschaftsform unserer Wirtschaft zu werden.

Diese Entwicklung wird begleitet von Maßnahmen des Gesetzgebers. Rückblickend mußte ein außerordentlich beschwerlicher, von immer wieder neu ansetzenden Reformwellen überspülter Weg zurückgelegt werden, um von der ersten generellen Regelung auf deutschem Boden, dem Preußischen Gesetz über die Aktiengesellschaften vom 9. 11. 1843 zur heutigen Regelung dieses so außerordentlich problematischen und umstrittenen Fragenkomplexes zu kommen. Die Auseinandersetzungen ruhten zu keiner Zeit und man wird wohl sagen können, daß jede Reform des Aktienrechts bereits den Keim zu neuen Reformen in sich trägt; zumindest bestätigen die bisherigen Erfahrungen diese Auffassung. Dies liegt einmal in der Unzulänglichkeit der Reformen, zum anderen aber in den sich gerade im Bereich des Aktienwesens ständig vollziehenden Wandlungen begründet. Dabei mag dahingestellt bleiben, ob man in diesen Wandlungen einen Strukturwandel⁴ oder lediglich eine Akzentverschiebung⁵ zu sehen gewillt ist. Fest steht, daß die Aktiengesellschaft von heute sehr weit von jener vor etwa 60 Jahren entfernt ist.

Die Aktiengesellschaft, ihrer ganzen Konzeption nach ein Instrument zur Finanzierung großer und größter Vorhaben über den Kapitalmarkt, hat sich in Selbstfinanzierung und Fremdfinanzierung neue Geldquellen erschlossen⁶. Eng damit verbunden ist ein Bedeutungswandel der Aktie. Ursprünglich ein Mittel der Kapitalbeschaffung erfüllt sie diese Funktion heute „nur noch bei Kapitalerhöhungen bestehender Gesellschaften. Neugründungen von Aktiengesellschaften unter Inanspruchnahme des Kapitalmarktes sind selten geworden“⁷. Dafür hat sie sich

³ Vgl. Wiethölter, Rudolf: Interessen und Organisation der Aktiengesellschaft im amerikanischen und deutschen Recht, Karlsruhe 1961, S. 58 (im folgenden zitiert: Wiethölter, Rudolf: Interessen).

⁴ Vgl. bes. die Gutachten von Flechtheim, Geiler, Buchwald und Haussmann erstattet dem Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, in: Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur, 1. Unterausschuß, 3. Arbeitsgruppe, Wandlungen in den wirtschaftlichen Organisationsformen, Erster Teil, Wandlungen in den Rechtsformen der Einzelunternehmungen und Konzerne, Berlin 1928 (im folgenden zitiert: Enquete-Verhandlungen).

⁵ Vgl. Wiethölter, Rudolf: Interessen, a. a. O., S. 1 ff.

⁶ Vgl. Hax, Karl: Aufgaben und Bedeutung der Aktiengesellschaft, in: ZfhF, N. F., 2. Jg. (1950), S. 247 f.; Schmalenbach Eugen: Aktiengesellschaft außer Dienst, in: ZfhF, N. F., 1. Jg. (1949), S. 2 ff.

⁷ Würdinger, Hans: Aktienrecht, Karlsruhe 1959, S. 2.

als Trägerin von Herrschaftsrechten immer mehr zu einem Instrument der Beherrschung und des Einflusses entwickelt. Der Erwerb von Aktienpaketen bzw. ihr gegenseitiger Austausch kennzeichnen deutlich eine heute noch unvermindert anhaltende Entwicklung, die durch Konzentration und Verschachtelung der Unternehmungen gekennzeichnet ist und die den Idealtyp der Aktiengesellschaft als eine Gesellschaft mit breit gestreutem Aktienbesitz zur Ausnahme werden ließ. Nach Strauss überwiegt heute eindeutig die Gesellschaft, „auf die ein oder mehrere Großaktionäre ausschlaggebenden Einfluß haben“⁸, wobei diese Großaktionäre sehr oft selbst wieder die Gestalt einer Unternehmung haben.

Bereits in dem im Jahre 1930 veröffentlichten Enquete-Bericht⁹ wird das Hervortreten von Unternehmungszusammenfassungen als die entscheidendste Strukturänderung gegenüber der Vorkriegszeit bezeichnet. Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt und besonders nach dem zweiten Weltkrieg eine außerordentliche Intensivierung erfahren, so daß Linhardt zu der Feststellung kommt: „Diese Rechtsform hat seit Jahrzehnten und verstärkt in der Nachkriegszeit eine Konzentration der Unternehmungen und Verflechtung der Wirtschaft ermöglicht, als deren Ergebnis Riesenunternehmungen mit 100 000 und mehr Beschäftigten, mit Milliarden DM Bilanzsumme entstanden sind. In den wichtigsten Wirtschaftszweigen vereinigen nur noch ein halbes Dutzend Unternehmen bis zu 80 vH und mehr des gesamten Umsatzes einer Branche auf sich“¹⁰. Auf diese Entwicklung konnten auch die von den Besatzungsmächten nach dem zweiten Weltkrieg durchgeführten Entflechtungsmaßnahmen keinen nachhaltigen Einfluß nehmen. Längst ist die damals durchgeführte Entflechtung großer Konzerne im Bereich des Bergbaus, der Eisen erzeugenden Industrie, der chemischen Industrie, der Großbanken und der Versicherungen einer neuen Konzentrationswelle gewichen¹¹.

⁸ Strauss, Walter: Grundlagen und Aufgaben der Aktienrechtsreform, Tübingen o. J. (1960), S. 10 (im folgenden zitiert: Strauss, Walter: Grundlagen); derselbe: Die Aktienrechtsreform als ordnungspolitische Aufgabe, in FAZ Nr. 49 vom 27. 2. 1960, S. 5.

⁹ Vgl. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur, I. Unterausschuß. 3. Arbeitsgruppe, Wandlungen in den wirtschaftlichen Organisationsformen, Dritter Teil, Wandlungen in der aktienrechtlichen Gestaltung der Einzelunternehmen und Konzerne, Generalbericht, Berlin 1930, S. 64 (im folgenden zitiert: Enquete-Bericht).

¹⁰ Linhardt, Hanns: Zur Reform des Aktienrechts, in: Die Aussprache, 8. Jg. (1958), H. 10, S. 331 (im folgenden zitiert: Linhardt, Hanns: Reform); vgl. auch Böhm, Franz: Privateigentum-Grundlage für eine freiheitliche Demokratie, in: Die Aussprache, 10. Jg. (1960), H. 5, S. 149.

¹¹ Vgl. Rasch, Harold: Sind auf dem Gebiete des Konzernrechts gesetz-